

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden
Herrn Petelkau

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.01.2015

AN/0203/2015

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	26.01.2015

TOP 10.4 Brüsseler Platz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Zusatzantrag zu vorgenanntem TOP auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales am 26.01.2015 zu setzen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag unter Ziff. 1. wird um einen weiteren Buchstaben wie folgt ergänzt:

d) Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Workshop-Verfahren neue und weitergehende Ideen für den Umgang mit dem Konflikt zwischen dem veränderten Freizeitverhalten der Besuchenden der Platzes und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden zu entwickeln und auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen. Dabei sollen insbesondere stadtgestalterische Maßnahmen, wie z.B. Flächenentsiegelung und Begrünung zwecks Dämpfung von Lärmemissionen geprüft werden. Im Workshop-Verfahren sollen auch die im Sommer 2015 gemachten Erfahrungen mit laut Ziffer 1 angewandten veränderten Verwaltungsvorgehen unter Einbeziehung der Anwohner-Initiative betrachtet werden. Die Verwaltung berichtet den politischen Gremien fortlaufend über Maßnahmen und Ergebnisse.

Begründung:

Am Brüsseler Platz trifft das veränderte Freizeitverhalten vieler Kölnerinnen und Kölner und das berechnigte Ruhebedürfnis der Anwohnenden aufeinander. Viele junge Kölnerinnen und Kölner nutzen den Platz als Treffpunkt in den Abendstunden. Hierbei verursachen die meisten der Besuchenden für sich genommen keine unzulässigen Lärmemissionen. Erst durch die Summe entsteht der Lärmkonflikt. Dieser Umstand ist aber zugleich Grund dafür, dass dem Phänomen ordnungsrechtlich nicht abschließend beizukommen ist.

Die Antragstellenden verbinden daher mit ihrem Ansinnen das Ziel, neben den bisher verfolgten ordnungspolitisch orientierten Ansätzen ein Neudenken anzustoßen sowie neue Perspektiven zu entwickeln. Insbesondere ist zu prüfen, ob der Platz mit städtebaulichen bzw. stadtgestalterischen Maßnahmen „leiser“ gestaltet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer